

Regionale Disparitäten bei der Erwerbsbeteiligung von Eingewanderten

Einleitung – Kompaktreihe 06/2020
„Regionale Disparitäten“

Förderprogramm "Integration durch Qualifizierung (IQ)"

2018 hatten von 43,3 Millionen Erwerbspersonen in Deutschland, also den Menschen, die für den Arbeitsmarkt in Betracht kommen, 5,4 Millionen keinen deutschen Pass. Das heißt: 12,6 % der Erwerbspersonen haben nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Zwar geht die überwiegende Mehrheit einer Beschäftigung nach, doch mit 92,6 % liegt die Erwerbsquote der nichtdeutschen Erwerbspersonen unter der der deutschen Staatsangehörigen, von denen 97,2 % erwerbstätig sind (Destatis 2019: S. 400; teilweise eigene Berechnungen). Daneben gibt es auch bei der Verteilung auf die verschiedenen Branchen erhebliche Unterschiede zwischen Beschäftigten mit deutschem Pass und ohne. So ist der Anteil von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in den Wirtschaftszweigen höher, in denen oft Arbeitsentgelte im Niedriglohnbereich gezahlt werden wie in der Arbeitnehmerüberlassung, im Gast- und Baugewerbe sowie in den Bereichen soziale Dienstleistungen und private Haushalte, Heime und Sozialwesen sowie Verkehr und Lagerei. Während nur etwa ein Viertel der deutschen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einer Arbeit in einem dieser Wirtschaftszweige nachgeht, sind es bei den Drittstaatsangehörigen 39,7 % und bei den EU-Staatsangehörigen 43,6 %. Bei einzelnen Teilgruppen ist der Anteil noch höher: So sind 50,4 % der aus den acht wichtigsten Asylherkunftsstaaten¹ stammenden Personen in einem der genannten Bereiche tätig, bei den EU11-Staatsangehörigen, also Eingewanderten aus Ländern der EU-Osterweiterung, sogar 73,5 %.

Bereits auf Bundesebene gibt es erhebliche Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt (Abbildung 1). Da sich die Arbeitsmärkte in den einzelnen Bundesländern strukturell erheblich voneinander unterscheiden, nimmt der vorliegende Werkstattatlas die Disparitäten auf regionaler Ebene in den Blick. Auf Grundlage statistischer Auswertungen gibt die Publikation einen Überblick über die regionalen Unterschiede bei der Erwerbsbeteiligung von Einwanderungsgruppen. Mit den grafisch in Kartenform aufbereiteten Daten will die IQ Fachstelle Einwanderung Politik und Verwaltung vor Ort bei der Konzeption und Implementierung von zielgerichteten zugewanderungspolitischen Instrumenten und Maßnahmen unterstützen, um so bessere Ausgangsbedingungen für die Integration von Eingewanderten in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft zu schaffen.

¹ Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

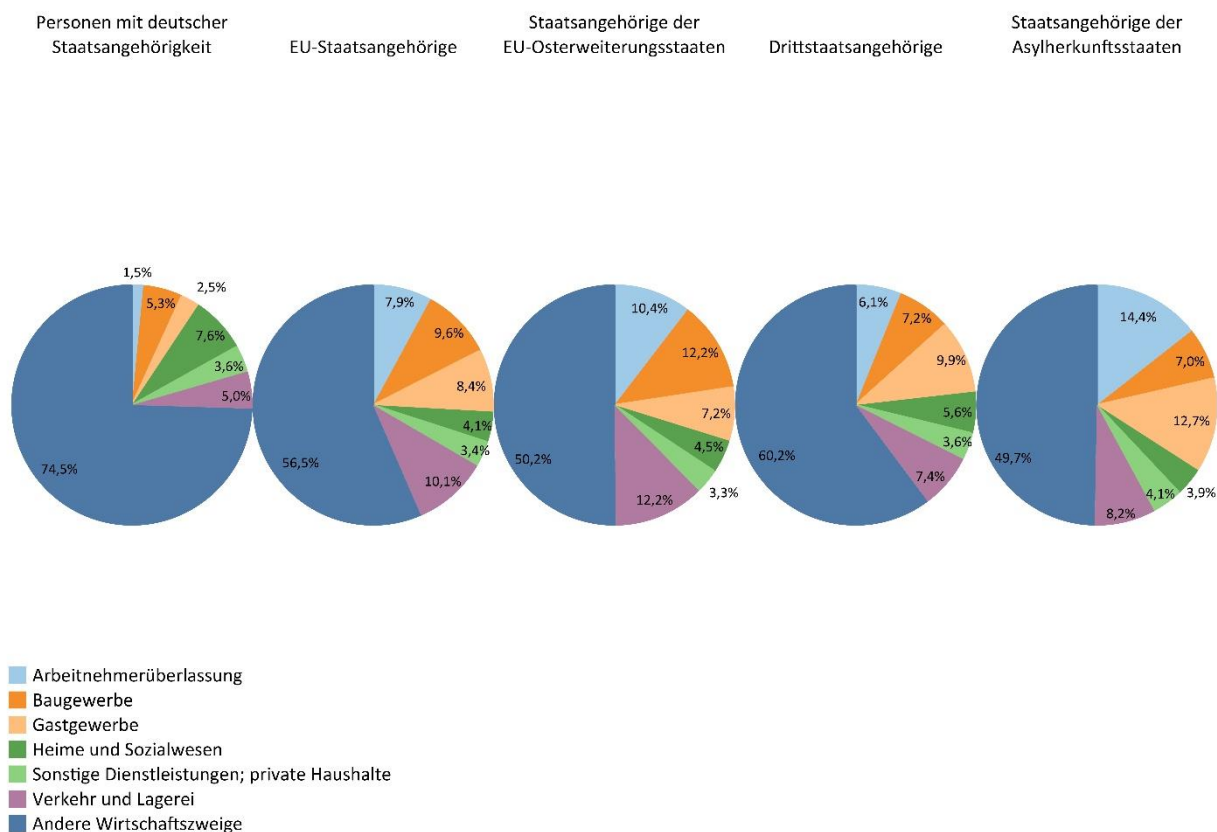


Abbildung 1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit in ausgewählten Wirtschaftszweigen
 Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit in ausgewählten Wirtschaftszweigen (Stichtag 30.09.2019). Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2020 © Minor

Die unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen unterliegen verschiedenen rechtlichen Rahmenbedingungen, die ihren Aufenthalt und Zugang zum Arbeitsmarkt regeln. Zudem ist deren Anwendung auch regional unterschiedlich. So gibt es in der Praxis z. B. erhebliche Unterschiede bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln oder Duldungen und der regionalen Verteilung der Geflüchteten. Die Zuständigkeit für Duldungen liegt allein bei den lokalen Ausländerbehörden, die die Rechtsgrundlagen zum Teil anders auslegen. Daneben führen unterschiedliche Abschiebepraktiken der einzelnen Bundesländer zu Disparitäten bei den Anteilen abgelehnter Asylbewerber (IW 2016: S. 20). Weil die Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sich auf verschiedene Personengruppen spezialisiert haben und sich die regionale Verteilung auch nach der entsprechenden Fachkompetenz richtet, gibt es auch bei den Anerkennungsquoten erhebliche regionale Unterschiede. Daneben können das Vorhandensein von Migranten-Communities und Arbeitsmarktperspektiven Disparitäten bei der Verteilung anerkannter Flüchtlinge erklären (IW 2016: S. 15, 17).

Nicht nur die Zuwanderung ist heterogen, auch die Aufnahmefähigkeit der regionalen Arbeitsmärkte. Betriebe und damit auch Beschäftigungsmöglichkeiten sind ungleich in Deutschland verteilt. In jeder Region hat sich über Jahrzehnte hinweg eine spezifische Wirtschaftsstruktur herausgebildet, die mit einem bestimmten Bedarf an Berufen einhergeht. So verteilt sich die Wirtschaftskraft ganz unterschiedlich: Während Berlin und Hamburg überdurchschnittlich hohe Anteile im Dienstleistungssektor verzeichnen, wird in Baden-Württemberg ein überdurchschnittlich

großer Anteil im produzierenden Gewerbe umgesetzt (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2019: S. 3). Gleichzeitig sind die Bundesländer in unterschiedlichem Maße vom Fachkräftemangel betroffen. Tendenziell ist die Fachkräftesituation im Süden Deutschlands angespannter als im Norden und Osten. So wird in Berlin nur rund jede dritte Stelle in Engpassberufen ausgeschrieben, in Baden-Württemberg hingegen fast drei von vier (KOFA 2017: S. 4 und S. 9). Einige Länder weisen zudem zusätzlich regionale Mangelberufe auf (BA 2019: S.16f.). Vor diesem Hintergrund bieten sich in manchen Regionen mehr Chancen für bestimmte Einwanderungsgruppen in Arbeit zu gelangen als anderswo.

Ein weiterer wesentlicher Faktor sind die regional unterschiedlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Arbeitsmarktintegration von Eingewanderten. Eine erfolgreiche Integration hängt maßgeblich von der Leistungsfähigkeit der lokalen Verwaltung, der Grundstimmung in der ortsansässigen Bevölkerung und vom Engagement und der Vernetzung der relevanten Akteure ab (Voigt 2019: S. 122). Daneben haben die Länder unterschiedliche Programme und Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration von Eingewanderten ins Leben gerufen, die sich an verschiedene Zielgruppen richten. Dabei werden in den meisten Bundesländern Geflüchtete mit guter Bleibeperspektive bei den Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration priorisiert. Baden-Württemberg thematisiert hingegen auch den Aspekt der Eignung für Berufe mit Fachkräftemangel und Sachsen-Anhalt sowie Schleswig-Holstein den demografischen Wandel (Bertelsmann Stiftung 2016: S. 28).

Neben den regionalen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen hängen die Erwerbschancen im Einzelfall immer auch von zahlreichen individuellen Aspekten ab wie der fachlichen Qualifikation, den Sprachkenntnissen und Berufserfahrungen. Zwar können die Karten des vorliegenden Werkstattatlas Faktoren wie diese nicht abbilden, doch sollten die Lesenden sich ihrer bewusst sein. Daneben spiegeln die Grafiken nicht die Disparitäten zwischen Männern und Frauen auch auf regionaler Ebene wieder. Umso lohnenswerter wäre es, diese in einer Folgepublikation aufzuzeigen.

Der Werkstattatlas zu regionalen Disparitäten bei der Erwerbsbeteiligung von Eingewanderten gliedert sich in drei große Abschnitte: Teil I befasst sich mit EU-Staatsangehörigen und hier vor allem mit Eingewanderten aus den Ländern der EU-Osterweiterung, Teil II mit der Erteilung von Aufenthaltstiteln im Bereich Ausbildung und Erwerbstätigkeit sowie der Erwerbsbeteiligung von Drittstaatsangehörigen und Teil III mit Schutzsuchenden. Dabei sind alle drei Abschnitte ähnlich aufgebaut. Der Analyse von Grundlagendaten wie dem Anteil der betreffenden Gruppe an der Gesamtbevölkerung, der Beschäftigungs- und Arbeitslosenquote folgt eine Untersuchung, wie sich die verschiedenen Einwanderungsgruppen auf einzelne Wirtschaftszweige verteilen. In zahlreichen Bereichen stellt der Werkstattatlas erhebliche regionale Disparitäten fest, so mit Blick auf die Beschäftigungsquoten Geflüchteter. Während in Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg über ein Drittel der erwerbsfähigen Schutzsuchenden einer Beschäftigung nachgeht, sind es in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Schleswig-Holstein weniger als ein Viertel. Unterschiede gibt es auch beim Einkommen: In Hamburg, Berlin und den südlichen Bundesländern erzielen

beispielsweise EU-Staatsangehörige im Durchschnitt ein höheres monatliches Bruttoeinkommen als in anderen Teilen der Bundesrepublik. Daneben führen die Karten vor allem im Niedriglohnssektor Disparitäten vor Augen. So sind bis zu 76 % der vollzeitbeschäftigten Eingewanderten aus Südosteuropa im diesem Bereich tätig – deutlich mehr als Arbeitnehmer mit deutschem Pass und EU-Zuwanderer im Durchschnitt. Gleichzeitig ist der Anteil der im Niedriglohnbereich tätigen Geflüchteten in den ostdeutschen Bundesländern höher als in der restlichen Bundesrepublik.

Seit Mitte März 2020 führen die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung weltweit zum Einbruch der Wirtschaftsleistung und zu steigenden Arbeitslosenzahlen. Die genauen Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt sind derzeit schwer abzuschätzen. Allerdings treten in der derzeitigen Ausnahmesituation Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt zwischen den Ländern noch stärker als bisher zutage. So führt die spezifische Wirtschaftsstruktur in den einzelnen Bundesländern, die mit einem bestimmten Bedarf an Berufen einhergeht, zu einem regionalen Gefälle bei der Kurzarbeit sowie bei den Zahlen der Arbeitssuchenden und Arbeitslosen. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die einzelnen Wirtschaftszweige und Branchen unterschiedlich stark betroffen sein werden ebenso wie die verschiedenen Formen der Beschäftigung (z. B. Minijobs, Arbeitnehmerüberlassung) sowie die unterschiedlichen Gruppen der Beschäftigten (Arbeitnehmende mit deutscher Staatsangehörigkeit, EU-Staatsangehörige, Erwerbstätige aus Drittstaaten oder erwerbstätige Geflüchtete, Männer und Frauen). Schon die erste Analyse der IQ Fachstelle Einwanderung zeigt deutlich, dass die Corona-Krise besonders starke Auswirkungen auf EU-Staatsangehörige und Einwanderer aus den Ländern der EU-Osterweiterung hat (Fachstelle Einwanderung: 2020). Angesichts der aktuellen Krise werden vermutlich in Zukunft die regionalen Disparitäten bei der Erwerbsbeteiligung von Eingewanderten weiter zunehmen.

Literaturverzeichnis

- [BA] Bundesagentur für Arbeit, 2019: Fachkräfteengpassanalyse, Juni 2019. Nürnberg. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201906/arbeitsmarktberichte/fk-engpassanalyse/fk-engpassanalyse-d-0-201906-pdf.pdf>.
- [BA] Bundesagentur für Arbeit, 2020: Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen. Nürnberg. https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_31966/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=746984&year_month=201909&year_month.GROUP=1&search=Suchen.
- Bertelsmann Stiftung, 2016: Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen: bestehende Praxisansätze und weiterführende Empfehlungen. Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/28_Einwanderung_und_Vielfalt/Studie_IB_Arbeitsmarktintegration_Fluechtlinge_2016.pdf.
- Fachstelle Einwanderung, 2020: Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit von Arbeitsmarktkrise besonders stark betroffen. Berlin. <https://www.netzwerk-iq.de/foerderprogramm-ig/fachstellen/fachstelle-einwanderung/publikationen/studien/arbeitsmarktintegration-und-corona>.
- [IW] Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2016: Flüchtlinge regional besser verteilen Ausgangslage und Ansatzpunkte für einen neuen Verteilungsmechanismus. Köln. https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf_import/IW_Gutachten_Regionale_Verteilung_von_Fluechtlingen.pdf.
- [KOFA] Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung, 2017: Fachkräfteengpässe in Unternehmen. Regionale Fachkräftesituation und Mobilität. Köln. <https://www.kofa.de/service/publikationen/studie-regionale-fachkraeftesituation-und-mobilitaet>.
- Statistisches Bundesamt, 2019: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2018. Wiesbaden. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/migrationshintergrund-2010220187004.pdf?_blob=publicationFile.
- Voigt, Daniela, 2019: Zuwanderungsmonitor für Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration. Sowie regionale Best-Practice-Beispiele für (Arbeitsmarkt)Integration. In: Birgit Wartenpfehl (Hrsg.): Soziale Arbeit und Migration. Konzepte und Lösungen im Vergleich. Springer: Wiesbaden. S. 119 – 134.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2019: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Gesamtwirtschaftliche Ergebnisse im Bundesländervergleich. Stuttgart. http://vgrdl.de/VGRdL/tbls/VGR_FB.pdf.

Impressum

Herausgeber

Fachstelle Einwanderung
Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH
Alt-Reinickendorf, 13407 Berlin
E-Mail: fe@minor-kontor.de



www.minor-kontor.de

www.netzwerk-iq.de/einwanderung.html

Redaktion

Paul Becker
Christiane Fritsche
Doritt Komitowski
Sophie Meiners

Alle Rechte vorbehalten.

© 2020

Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.



In Kooperation mit:

